

Israel und die Menschenrechte

Vor drei Jahren wurde die Gesellschaft vom Heiligen Ivo ins Leben gerufen. Die Gründerin, Rechtsanwältin Lynda Brayer, fordert vom Judenstaat mehr Rechte für die Palästinenser

Vom wahren Frieden noch weit entfernt

Von LUDWIG WATZAL

Es gehe der Menschenrechtsorganisation Society of St. Yves und ihrer Vorsitzenden, der israelischen Rechtsanwältin Lynda Brayer, neben ihrem Einsatz für die Menschenrechte der Palästinenser auch noch darum, das Absurde in der israelischen Gesellschaft aufzudecken. In einem Gespräch gegenüber dieser Zeitung betont Frau Brayer, daß durch das Vordringen des Absurden der Ungerechtigkeit in Israel der Weg bereitet werde. Wie bei „Alice im Wunderland“ beginne auch in der israelischen Gesellschaft das Absurde das Rechtssystem zu infiltrieren.

So bestehe der rechtliche Rahmen für das Besatzungsregime aus einem Konglomerat rechtlicher Versatzstücke aus verschiedenen Epochen. Israel benutze osmanisches, britisches und jordanisches Recht je nach Gusto, wenn es seinen Interessen diene. Während die Gesellschaft vom heiligen Ivo die Ungerechtigkeiten der israelischen Besatzungspolitik bekämpft, fragt die Gesellschaft auch immer nach dem Sinn des Ganzen. Indem man wieder nach der ursprünglichen Bedeutung von Gesetzen frage, erhoffe sich die Gesellschaft eine Grundlage, von der aus sie zum Aufbau einer gerechten Zukunft beitragen könne.

Die Gesellschaft vom heiligen Ivo wurde am 1. Januar 1991 von der jüdischen Konvertitin gegründet. Die in Südafrika geborene und in Israel Lebende trat 1988 zum Katholizismus über, weil sie die Ungerechtigkeiten, die im Namen des Judentums begangen werden, nicht länger ertragen konnte. Für Frau Brayer hat der Zionis-

mus als die Staatsräson Israels die Werte des Judentums ad absurdum geführt. Der höchste Wert des Zionismus sei das Land, das Gott als den Kristallisationspunkt des Judentums verdrängt habe, so Frau Brayer. Als einzige katholische Menschenrechtsorganisation will sie deshalb in ihrem Einsatz für die Rechte der Palästinenser die Errungenschaften der katholischen Soziallehre nutzen, um so das Licht Gottes in einer Welt des Hasses und der Gewalt zum Leuchten zu bringen.

Die Organisation arbeitet unter dem Schutz des Lateinischen Patriarchen von Jerusalem, dem Palästinenser Michel Sabbah, vom Notre Dame Center in Jerusalem aus. Dieser Komplex ist im Besitz des Vatikans und somit exterritorial. Diesen Schutz hat die streitbare Rechtsanwältin auch nötig. In diesem Gespräch berichtete Frau Brayer, daß sie seit Jahren unter Beobachtung des israelischen Inlandsgeheimdienstes Shin Bet stehe und als „Staatsfeindin“ gelte; dies wurde ihr von gut informierten Kreisen zugetragen. Selbstbewußt betonte sie aber, daß sie keine Angst habe, da ihr als gläubige Katholikin ja nichts passieren könne. Sie wisse sich in Gottes Hand. Dieser feste Glaube ruft im profanen Westen immer wieder Verwunderung hervor.

Seit Juli 1993 hat die Organisation eine Außenstelle am Geburtsort Jesu. Dies hat sich als überaus positiv erwiesen, da durch die seit dem 30. März 1993 bestehende totale Abriegelung der besetzten Gebiete es für die Palästinenser sehr schwer geworden ist, nach Ost-Jerusalem zu reisen.

Nach Ansicht von Frau Brayer hat diese Maßnahme verheerende ökonomische Auswirkungen für die Palästinenser. Auf das menschenverachtende Besatzungsregime

der Israelis hinzuweisen, dazu dient auch der Deutschlandbesuch. Daß sie sich dabei auch gleichzeitig um die finanzielle Absicherung ihrer expandierenden Gesellschaft bemüht, versteht sich von selbst.

Diesem Zweck dienen unter anderem die Besuche bei Misereor und der Deutschen Bischofskonferenz. Politische Gespräche werden unter anderem mit der Bonner CDU-Bundestagsabgeordneten Edita Limbach geführt. Völkerrechtlichen Rat wird sich Frau Brayer am Max-Planck-Institut in Heidelberg holen. Des weiteren besuchte sie die Evangelische Studienstiftung (FEST) in Heidelberg sowie das Arnold-Bergsträsser-Institut in Freiburg.

Kritisch äußerte sich Frau Brayer gegenüber dem „Gaza-Jericho-Abkommen“. Es sei Augenwischerei, wenn dies als Friedensvertrag in den westlichen Medien ge-

feiert werde. Es sei nur eine „Prinzipienerklärung“, die weder zum Frieden noch zur Beendigung der Menschenrechtsverletzungen durch Israel führen werde. Das Abkommen sei ein großartiger Erfolg israelischer Diplomatie und eine Niederlage für die PLO. Yassir Arafat habe alle Trümpfe aus der Hand gegeben und nichts dafür bekommen, außer der Zusage, daß Israel bereit sei, mit ihm zu verhandeln.

In dem Schreiben Arafats an Rabin habe ersterer schriftlich bestätigt, daß der dreißigjährige nationale Widerstand der Palästinenser „Terror“ gewesen sei. Mit diesem Zugeständnis habe Arafat allen denjenigen, die für die berechtigten Anliegen des palästinensischen Volkes gestorben seien, nachträglich noch ins Gesicht geschlagen. An der israelischen Haltung habe sich nichts geändert, die immer gewesen sei:

„Was können wir mit Gewalt an uns reißen“. Arafat habe weiterhin den hundertjährigen Anspruch des Zionismus auf das „Land Israel“ (Eretz Israel) anerkannt.

Wie die unnachgiebige Haltung Israels zeige, gehe es der Regierung nicht um eine Lösung des Konfliktes; bleibe Israel weiterhin so unnachgiebig, werde dies der endgültige „Todesstoß“ für die PLO unter Arafat bedeuten. Den Palästinensern dämmere es langsam, daß sie durch das Abkommen alles preisgegeben haben. Sollte es je zu den Verhandlungen nach zwei Jahren über Jerusalem, die Siedlungen, die Eigenstaatlichkeit, die Flüchtlinge und vieles mehr kommen, habe die PLO keinerlei Druckmittel in der Hand, um von Israel Konzessionen zu erreichen. Die Schwäche der palästinensischen Verhandlungsdelegation zeige sich ja schon jetzt, wo es um „peanuts“ (Kleinigkeiten) gehe. Für Frau Brayer liegt der Schlüssel für die Lösung des Konflikts allein bei den Israelis. Sie müssen sich von ihrem „Verlangen“ nach Land lösen und die völkerrechtswidrige

Besetzung beenden. In diesem Zusammenhang wies sie auf die Verantwortung des Westens hin, der gegenüber Israel keinerlei Maßnahmen ergreife, obwohl das Land bereits 66 UN-Sicherheitsrats-Resolutionen ignoriert habe.

Am 10. November 1993 hat die Gesellschaft vom heiligen Ivo eine Petition an das Oberste Gericht in Israel eingereicht, in der sie die Ernennung eines israelischen Palästinensers als Obersten Richter forderte. In Israel leben immerhin 850 000 Palästinenser, die israelische Staatsbürger sind. Sie sind in allen Lebensbereichen diskriminiert. Die Ernennung könnte als ein positives Zeichen gewertet werden. Frau Brayer argumentierte in der mündlichen Anhörung Ende November vor dem Obersten Gericht, daß es nicht genüge, einen Palästinenser nur auf die Kandidatenliste zu setzen, sondern „man muß einen ernennen“. Sie verlangte in ihrer Eingabe, daß die nichtjüdische Minderheit adäquat in den staatlichen Organen repräsentiert sein müsse.

Das Oberste Gericht wies die Petition zurück und versäumte, den Berufungsausschuß anzuweisen, einen Palästinenser zu ernennen. Das Gericht vermied es weiterhin, die Frage der Repräsentation zu behandeln, ließ es jedoch offen, eine erneute Eingabe zuzulassen, wenn der Berufungsausschuß es versäumen sollte, einen qualifizierten palästinensischen Juristen in Erwägung zu ziehen. Nachdem die Gesellschaft vom heiligen Ivo dem Justizminister David Libai den Palästinenser Abdul Al-Rahman Zouabi vorgeschlagen hatte, setzte er diesen auf die Kandidatenliste.

Auf die Frage, wie sich der Vatikan gegenüber Israel verhalten solle, zeigte sich Frau Brayer zurückhaltend. Eine Anerkennung käme „einer moralischen Sanktionierung der israelischen Besatzungspolitik“ gleich, und dies könne nicht im Inter-

esse des Vatikans liegen. „Der Vatikan braucht die Anerkennung nicht.“ Er müsse die Interessen aller Christen im Nahen Osten und den islamischen Ländern vertreten. Es gebe nur zwölf Millionen Juden, aber über eine Milliarde Muslime auf der Welt. „Hier muß man die Interessen genau abwägen.“

Für Frau Brayer bleibt es unverstänlich, mit welchem „gutem Gewissen“ der „christliche Westen“ die Politik Israels gutheißt. Insbesondere Deutschland dürfe sich nicht mehr länger wegen seiner Geschichte selbst moralische Fesseln anlegen und zu dem Unrecht im Nahen Osten schweigen. Auch hier werde ja wieder das Fest der Geburt des Erlösers gefeiert, der der Welt die Botschaft des Friedens und der Liebe gebracht habe. Die „christlichen Länder“ dürften nicht länger wegsehen, wenn die Menschenrechte der Palästinenser durch Israel verletzt würden.